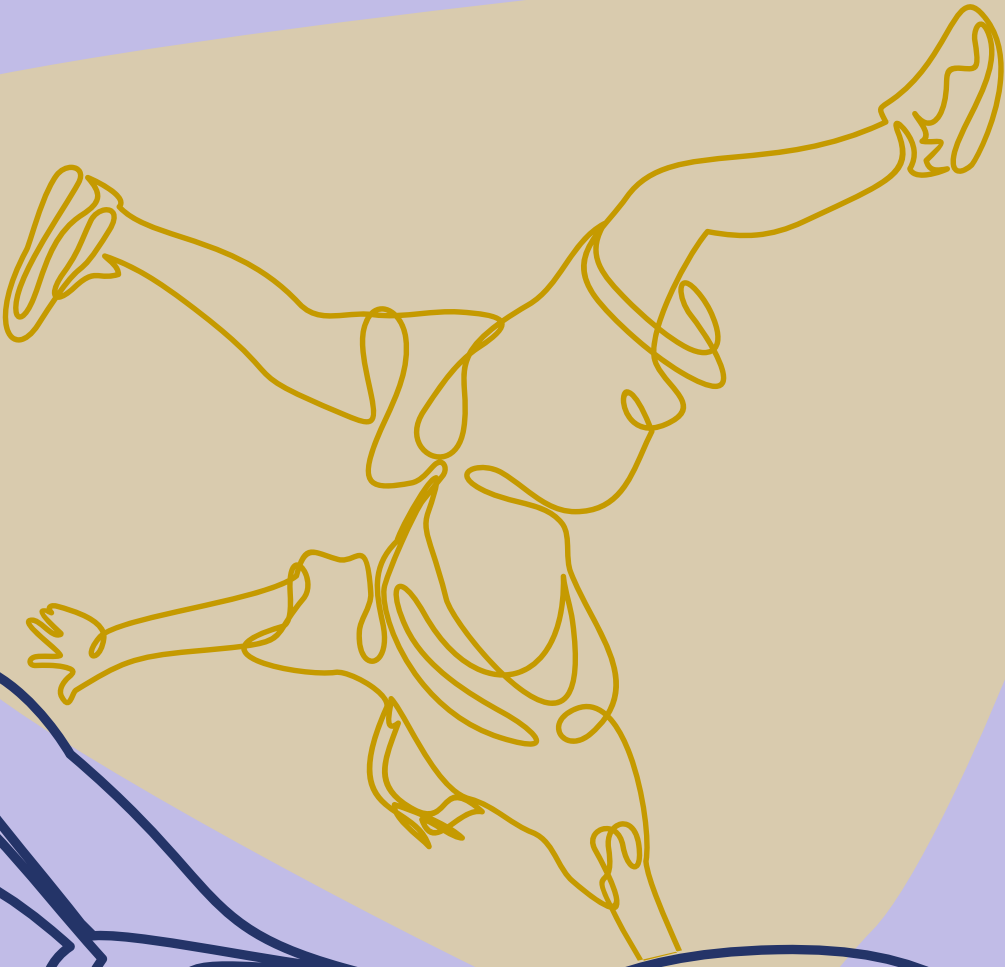


praktikum

3+4/25

Das geht besser!



**Für eine jugendgerechte und praxisnahe
Förderung von Jugendverbänden**

Wir haben noch lange nicht fertig. Im Gegenteil. Wir haben noch viel vor. Mit dieser Losung haben sich Jara Hamdorf, Destina Turan, Maja Reifegerst und Michael Gischkat erneut zur Vorstandswahl auf der LJR-Vollversammlung gestellt und wurden überwältigend im Amt bestätigt. Die Vollversammlung im November dankte den Vier für ihr außerordentliches und erfolgreiches Engagement auf dem Feld der Jugendpolitik. Die hier kommenden Aufgaben sind nicht nur vielfach sondern auch anspruchsvoll – wie insbesondere bei der anstehenden Reform des Landesförderplans. Dass dabei der LJR inhaltlich so gut aufgestellt ist, zeigt – neben dem hohen Engagement der Delegierten aus den Jugendverbänden auf den zahlreichen Mitgliederausschüssen – gerade auch die intensive und ausdauernde Arbeit der vier Vorsitzenden. Durch die personelle Kontinuität ist der Landesjugendring bestens für kommende Aufgaben aufgestellt.

Resolution: »Gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Der Landesjugendring Hamburg schließt sich der Position des Deutschen Bundesjugendrings an und spricht sich klar gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder anderer verpflichtender Dienste aus. Jugendverbandsarbeit und Militarisierung passen nicht zusammen: Wir stehen für freiwilliges Engagement, Mitbestimmung und selbstbestimmtes Lernen – militärische Strukturen beruhen auf Zwang, Hierarchie und Gehorsam. Statt Zwang, ausufernder und geschmackloser Werbung sowie monetären Anreizstrukturen für den Dienst an der Waffe, muss der Fokus auf den Ausbau und die Sanierung der zivilen sozialen Infrastruktur, des Bildungswesens und des Gesundheitssystems gelegt werden. Entscheidend für die Gestaltung des zivilen Lebens ist das ehrenamtliche Engagement junger Menschen. Der Landesjugendring Hamburg unterstützt Initiativen gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Wir fordern:

- Investitionen in Jugend, Bildung, Gesundheit und Soziales statt in Aufrüstung!
- den Ausbau der Förderung der Jugendverbandsarbeit (im Sinne der Präambel der LJR-Satzung) statt der Bundeswehr.
- Stopp der Militarisierung in Schulen und Jugendeinrichtungen. Für ein Werbeverbot der Bundeswehr!
- Freiwilligendienste müssen sichtbar, erreichbar und auskömmlich finanziert sein.
- Keine Reaktivierung der Wehrpflicht. Weder offen noch verdeckt!«

(Diese Resolution wurde einstimmig auf der LJR-Vollversammlung am 20. November 2025 beschlossen und findet sich als PDF unter: <https://ljr-hh.de/politisches-und-rechtliches/index.php?id=2571>)

Das geht besser!

Für eine jugendgerechte und praxisnahe Förderung von Jugendverbänden

3 Was zu verbessern ist! Unsere Ziele.

Von Maja Reifegerst, LJR-Vorsitzende

4 Der Zweck und sein Mittel

Was bei der Überarbeitung des Landesförderplans »Familie und Jugend« aus der Perspektive der Jugendverbände zu erfüllen ist

Von Fatih Ayanoglu, Landesjugendring Hamburg

6 Das geht besser!

Die Forderungen der Jugendverbände zur Überarbeitung des Landesförderplans »Familie und Jugend«

10 Wenn ein Jugendverband wächst... und keine neue Räume findet

Beispiel: Pfadfinder*innenbund Nord
Von Jasper Wittenburg, Pfadfinder*innenbund Nord

13 Wilhelmsburg, Fährstraße – ein neuer Ort für offene Jugendverbandsarbeit

Zu Besuch im offenen Jugendtreff zweier Jugendverbände
Von Marek Neu, Hamburg

15 Der EKS-Zuschuss im Realitätscheck

Echte Teilhabe armer Kinder und Jugendlichen braucht einfachere Förderbedingungen
Von Hannah Behringer, Evangelische Jugend Hamburg

16 Mensch bleiben – respektvoll

Historisch-politische Bildung beim respekt*-Wochenende
Von Marek Neu, Hamburg

19 Sichere Orte schaffen

LJR-Schulung für Multiplikator*innen in der Jugend(verbands)arbeit
Von Karolin Joppich, Landesjugendring Hamburg

Nachrichten

19 Rechte Angriffe auf Jugendverbände?

Deutscher Bundesjugendring: Aufruf zur Mitwirkung an bundesweiter Erhebung von Angriffen auf Jugendverbände

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendrings Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Redaktion: Jürgen Garbers (jg)

Layout und Gestaltung: Rebekka Posselt

Fotos: (soweit nicht namentlich angegeben) Jürgen Garbers (LJR).

V.i.S.d.P.: Maja Reifegerst c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Verlag: Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: (040) 31 79 61 14; info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de.

punktum wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, BSFB.

Auflage: 2.500 Exemplare

Gender: Es gibt im Heft keine Vereinheitlichung bei der gendergerechten Schreibweise; es wird jeweils der Maßgabe der eingereichten Texte Folge geleistet.

Was zu verbessern ist! Unsere Ziele.

Im Landesförderplan »Familie und Jugend« (LFP) ist die Förderung der Hamburger Jugendverbände geregelt. Ziel dieses Programms ist es, die »eigenverantwortliche [...] Interessenwahrnehmung und Selbstorganisation junger Menschen« zu fördern und sie dabei zu stärken, »gesellschaftliche Verantwortung und soziales Engagement zu übernehmen«. (LFP, S. 91) Doch wird dieses Ziel durch dieses Mittel tatsächlich erreicht?

Wir sind der Überzeugung: Das geht besser! Daher fordert die Vollversammlung des Landesjugendring Hamburg in ihrem Beschluss bei der aktuellen Überarbeitung des Landesförderplans die Schaffung eines jugendgerechten Zuwendungsverfahrens für weniger Bürokratie und mehr Engagement. Nach vielen Jahren eher kleinteiliger Reformen ist es an der Zeit für eine grundlegende Neugestaltung des Förderprogramms.

Der Reformprozess. Der aktuelle Landesförderplan hat eine Laufzeit von 2023 bis 2027. Für den anschließenden Förderzeitraum läuft derzeit die Überarbeitungsphase, bei der Hamburger Jugendverbände die Möglichkeit haben sich einzubringen. Die federführende Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung lud im Sommer zu einer Umfrage ein, in der Bedarfe und Änderungswünsche der Jugendverbände abgefragt wurden. Darüber hinaus fanden bereits mehrere Informations- und Austauschveranstaltungen statt, in denen die Behörde über den Überarbeitungsprozess informierte und Raum für Austausch gegeben hat.

Doch gute Vorschläge brauchen auch interne Beratungen seitens der Jugendverbände. Dafür hat der Landesjugendring ab Mitte des Jahres Raum geschaffen. In fünf Arbeitstreffen, die allen Hamburger Jugendverbänden offenstanden, wurde intensiv debattiert und eine Bestandsaufnahme gemacht, wo es bei den Fördergrundlagen hakt. Es wurden Lösungen gesucht und neue Bedarfe ermittelt. Das Ergebnis dieser Beratungen bildete die Grundlage für den Beschluss der LJR-Vollversammlung im November. Herausgekommen ist ein Beschluss, der eine strukturelle Weiterentwicklung des Förderwesens einfordert.

Kernanliegen ist eine jugendgerechtere Ausgestaltung des Zuwendungsverfahrens, das die Besonderheiten von Jugendverbänden und ehrenamtlichem Engagement berücksichtigt. Zudem soll das Förderprogramm den Jugendverbänden ermöglichen, die Reichweite ihrer Angebote zu erweitern. Dabei sind drei Punkte elementar:

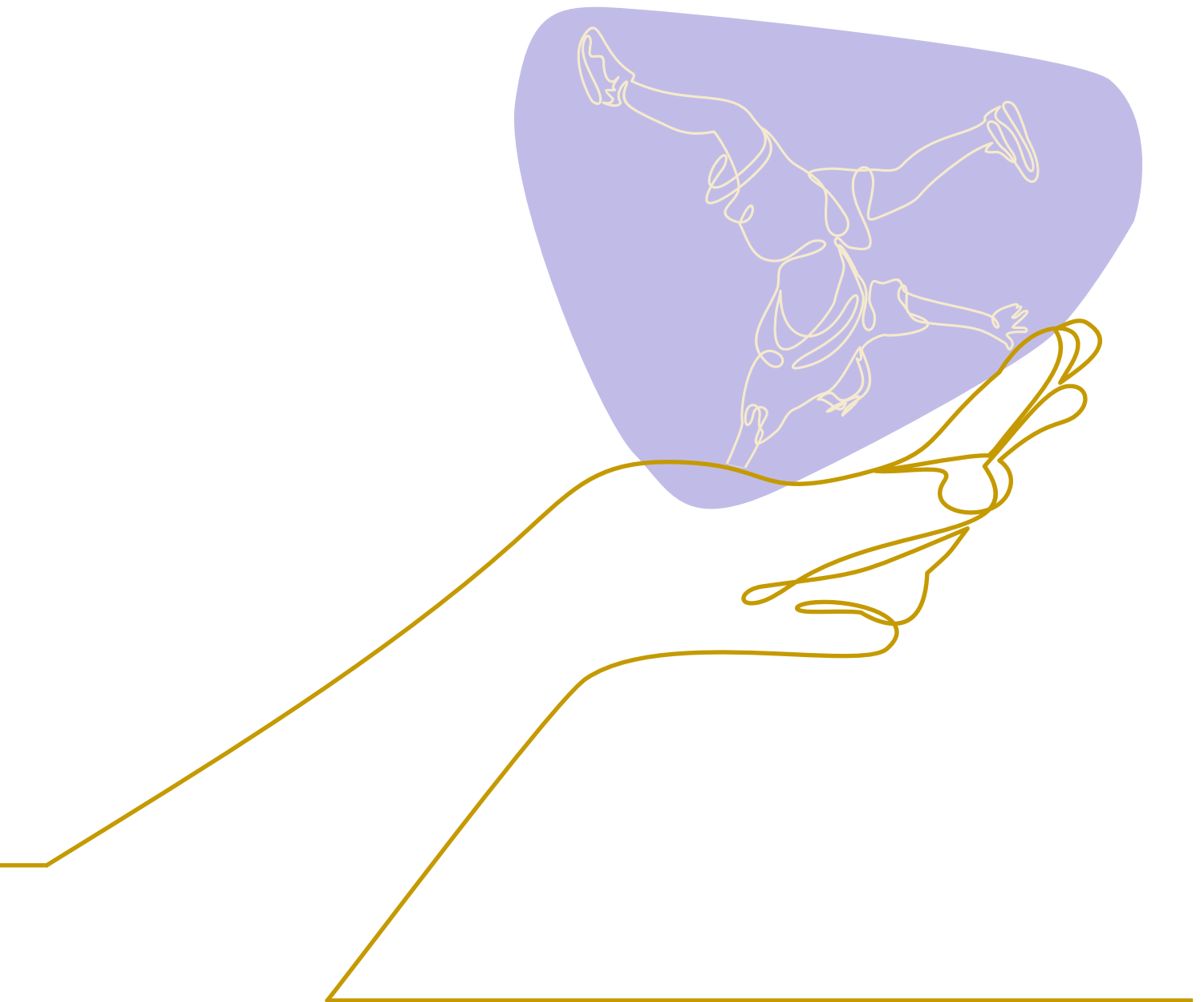
Jugend(verbands)-gerechtere Förderung. Jugendverbände zeichnen sich durch Selbstorganisation junger Menschen, demokratische Entscheidungsprozesse und ihre satzungsgemäße Eigenständigkeit aus. Jugendverbandsarbeit ist lebendig und muss mit der kurzfristigen Änderung von Geplantem umgehen. Die Förderbedingungen müssen sich insofern an diesen Besonderheiten orientieren, als dass sie es Jugendverbänden ermöglichen, die Verwendung ihrer Mittel flexibel und eigenverantwortlich zu steuern, anstatt sie durch eine zu starre Zweckbindung einzuengen. Zudem erschwert die begrenzte Bewilligung von Fördermitteln auf ein Jahr die Planung von Maßnahmen und die Kontinuität der Arbeit von Jugendverbänden. Die Stärkung des Budgetcharakters und der eigenverantwortlichen Mittelverwendung sowie die selbstgewählte Möglichkeit einer zweijährigen Zuwendung würde die Selbstorganisation und Verantwortungsübernahme durch Jugendverbände stärken und jungen Menschen mehr Raum für demokratische Entscheidungsprozesse geben.

Reduzierung der zuwendungsrechtlichen Anforderungen. Der vierte Engagementbericht der Bundesregierung betont, dass ehrenamtlich Engagierte insbesondere durch finanzierungsbezogene Bürokratie stark belastet werden. Komplexe Regelungen sowie ein hoher administrativer Aufwand überfordern viele Ehrenamtliche und stellen ein zentrales Hindernis für ehrenamtliches Engagement dar. (vgl. Vierter Engagementbericht 2024, S. 44) Auch in Hamburg ist das Antragswesen unnötig aufwendig und kompliziert. Besonders für Jugendverbände, die nicht über hauptberufliche Fachkräfte verfügen, stellen die bürokratischen Anforderungen eine Herausforderung dar, da sie einer intensiven Einarbeitung bedürfen und die begrenzten Zeitressourcen der Ehrenamtlichen in Anspruch nehmen. Um Ehrenamtliche wirksam zu entlasten, müssen zuwendungsrechtliche Anforderungen auf ein notwendiges Minimum reduziert, digitalisiert und transparent kommuniziert werden. Ein Beispiel für den Reformbedarf: Derzeit füllen Jugendverbände bei der Beantragung von Fördergeldern viele komplizierte Word- und Excelvorlagen aus, die dann auf Papier ausgedruckt ans Landesjugendamt gesendet werden. Dort werden die Papiere wieder digitalisiert. Was wir brauchen, ist mehr als die allseits geforderte Digitalisierung der staatlichen Verwaltungsleistungen. Wir brauchen ein online basiertes Antrags- und Abrechnungswesen, das jungen Menschen in seiner Logik und Benutzerführung selbsterklärend und transparent hilft, bedarfsgerechte Förderung von Jugendverbänden zu erlangen. Die Digitalisierung ist also von der Seite der Nutzer*innen ausgehend zu gestalten – und nicht aus der Logik des Verwaltungswesens.

Zugänglichkeit für alle jungen Menschen. Wir wollen, dass alle jungen Menschen in Hamburg die Möglichkeit haben, sich in einem Jugendverband engagieren zu können. Der vierte Engagementbericht zeigt wiederum, dass »Behinderung, Klasse und zugeschriebener Migrationshintergrund« (Vierter Engagementbericht 2024, S. 40) die Zugangschancen zu einem Ehrenamt einschränken. Wir fordern daher, dass die Förderbedingungen die Bedarfe von einkommensschwachen Familien und jungen Menschen mit Beeinträchtigungen besser berücksichtigt. Ehrenamtliches Engagement sowie die Teilhabe aller jungen Menschen an den Angeboten der Jugendverbände müssen durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen gestärkt werden. Nur so können Jugendverbände ihrem Auftrag gerecht werden, ein Ort für Freizeit, Bildung und Demokratie – und zwar für alle – zu sein.

Der weitere Weg. Die abschließende Beschlussfassung über den neuen Landesförderplan wird 2026 im Landesjugendhilfeausschuss erfolgen. Bis dahin wird der Landesjugendring die gemeinsamen Forderungen öffentlich vertreten und sich in Gesprächen mit Politik und Verwaltung für grundlegende Reformen einsetzen. Die Behörde für Schule, Familie und Berufsbildung hat bereits die Verstärkung der Anhebung des Wander-Euros von 2 € auf 5 € zugesichert. Ein guter und wichtiger Schritt zur Förderung der Freizeitarbeit. Wir sind gespannt auf den weiteren Prozess und hoffen auf einen jugendgerechten Landesförderplan, der die Bedarfe junger Menschen konsequent in den Mittelpunkt stellt.

Von Maja Reifegerst, LJR-Vorsitzende



Der Zweck und sein Mittel

Was bei der Überarbeitung des Landesförderplans »Familie und Jugend« aus der Perspektive der Jugendverbände zu erfüllen ist

Von Fatih Ayanoğlu, Landesjugendring Hamburg

Mit dem Landesförderplan »Familie und Jugend« wird zurzeit die zentrale Förderrichtlinie für Hamburger Jugendverbände überarbeitet. Der jeweils für fünf Jahre gültige Förderplan läuft zum Jahresende 2027 aus. Damit die neue Fassung im zuständigen Amt für Familie

abgestimmt, mit den vielfältigen Akteuren der Jugendhilfe beraten, schließlich im Landesjugendhilfeausschuss beschlossen und dann noch rechtzeitig veröffentlicht werden kann, beginnt der Überarbeitungsprozess schon jetzt. Die Jugendverbände beteiligen sich an der Überarbeitung und haben im Rahmen des Landesjugendrings gemeinsame Forderungen entwickelt: Für

weniger Bürokratie und eine bessere Förderung der Selbstorganisation und des Engagements junger Menschen in Jugendverbänden.

Die 93 Seiten lange Förderrichtlinie enthält nicht nur Fördermöglichkeiten für die Hamburger Jugendverbände – sondern auch für Projekte und Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit mit

gesamtstädtischer Ausrichtung. Das erklärt die lange Vorlaufzeit von drei Jahren, die eine Beteiligung am Überarbeitungsprozess insbesondere für junge Menschen und Ehrenamtliche nicht attraktiv macht.

Dennoch bietet die turnusgemäße Überarbeitung die Chance, die Bedingungen für die Hamburger Jugendverbände, die mehr als 2.500 ehrenamtlichen Jugendgruppenleiter*innen und die engagierten Kinder und Jugendlichen zu verbessern. Damit weniger Zeit für bürokratische Anforderungen aufgewendet wird und mehr Zeit für Gruppenstunden, Freizeiten und Engagement bleibt.

Selbstorganisierte Jugendarbeit in Jugendverbänden

Junge Menschen verbringen in Jugendverbänden ihre Freizeit gemeinschaftlich mit Gleichaltrigen, bestimmen über die Angebote und Inhalte und übernehmen Verantwortung sowohl in der Planung und Umsetzung der Aktivitäten als auch in den Vereinsstrukturen wie der Mitgliederversammlung, dem Vorstand oder anderen Ämtern.

Auf diese Weise schaffen Jugendverbände einzigartige Räume für außerschulische Bildung, demokratisches Lernen und ehrenamtliches Engagement. Nicht ohne Grund bezeichnet man Jugendverbände als »Werkstätten der Demokratie«. Junge Menschen sind hier nicht nur die Adressat*innen der Angebote – sondern zur gleichen Zeit auch deren Urheber*innen. Darin liegt das Potenzial der Jugendverbände für das Demokratie-Lernen, denn Demokratie wird nicht geerbt, sondern durch die konkrete Beteiligung an Fragen des eigenen Alltags und sozialen Umfelds erlebt und verinnerlicht.

In den über 60 Hamburger Jugendverbänden sind nicht nur viele junge Menschen engagiert, auch die Vielfalt jugendlicher Einstellungen und Perspektiven ist in den Verbänden in weiten Teilen repräsentiert. Die Basis dieser gesellschaftlichen Verankerung der Jugendverbände ist das ehrenamtliche Engagement der Mitglieder und Aktiven. Darin unterscheiden sie sich von vielen anderen Akteuren der Jugendhilfe, in denen die Angebote der Jugendarbeit überwiegend durch hauptamtliche Fachkräfte sichergestellt wird.

Jugendverbände sind zu fördern

Rechtlich ist der Auftrag klar: Den Jugendverbänden ist im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB 8) ein eigener Paragraf gewidmet, der die selbst organisierte, gemeinschaftliche und von jungen Menschen mitverantwortete Jugendarbeit hervorhebt und eine Förderungsverpflichtung für Jugendverbände unter der Wahrung ihrer satzungsgemäßen Eigenständigkeit verankert.

Diese besondere Form der Jugendarbeit – von jungen Menschen für junge Menschen – begründet auch die Repräsentationsfunktion der Jugendverbände. Das Gesetz erkennt in ihnen einen Ausdruck jugendlicher Interessen und legt damit die Grundlage für eine Interessenvertretung abseits von Parteien und staatlichen Institutionen, die sich parteiisch und selbstbestimmt für die Interessen der Jugend einbringt.

Die staatliche Förderung ist dabei ein Baustein, um unabhängig von eigenen Mitteln und gesellschaftlicher Gunst ein – auch unbequemer – Fürsprecher für die Interessen junger Menschen zu sein. In dieser Rolle werden Jugendverbände angesichts des demographischen Wandels und der zurzeit verhandelten zukunftspolitischen Fragen wie der Klimakrise und der Wehrpflicht dringend benötigt.

Zuwendungen als Mittel zum Zweck

Für den öffentlichen Geldgeber ist diese Rolle der Jugendverbände ein Balanceakt. Er ist einerseits gesetzlich verpflichtet, die Selbstorganisation der Jugendverbände unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit zu fördern und muss gleichzeitig sicherstellen, dass die aus Steuermitteln zur Verfügung gestellten Mittel zweckentsprechend verwendet werden.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass der Staat Gelder an Stellen außerhalb der Verwaltung weiterleitet. In vielen Politikbereichen unterstützt er mit sogenannten Zuwendungen zivilgesellschaftliche Akteure darin, Aufgaben zu übernehmen, an deren Erfüllung er ein erhebliches Interesse hat und die er sonst selbst erledigen müsste. Auf diese Weise wird er dem Subsidiaritätsprinzip gerecht, demnach der Staat nur Aufgaben an sich ziehen soll, die von gesellschaftlichen Akteuren nicht übernommen werden kann.

In der Jugendhilfe ist dieses Prinzip besonders ausgeprägt. Die Erziehung von Kindern und Jugendlichen soll in einem pluralistischen Umfeld stattfinden und eine dominante Stellung des Staates verhindert werden. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz beschreibt hierfür das Zusammenwirken des öffentlichen Jugendhilfeträgers und den Trägern der freien Jugendhilfe und verpflichtet das Jugendamt die Vielfalt von Trägern, Konzepten und Methoden sicherzustellen und mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren partnerschaftlich zusammenzuarbeiten.

Jugendverbandsarbeit in Verwaltungsdeutsch

Der Landesförderplan als Förderrichtlinie ist die Brücke zwischen der Förderverpflichtung für selbstorganisierte Jugendarbeit, den Anforderungen der staatlichen Haushaltsführung und den jungen Ehrenamtlichen in den Jugendverbänden.

In fünf Förderbereichen und 13 Förderpositionen wird festgehalten, welche Jugendverbände wofür, in welcher Höhe und wie eine Förderung beantragen können. Darunter findet sich unter anderem die Förderung der allgemeinen Jugendarbeit, der außerschulischen Jugendbildung, der Freizeiten und der Zuschüsse für Kinder aus einkommensschwachen Familien. Die Förderung kann von den Jugendverbänden für Sachkosten, Honorarmittel und Personal aufgewendet werden. Im Hamburger Doppelhaushalt 2025/2026 werden für die Jugendverbände 4,7 Millionen Euro pro Jahr bereitgestellt. Der Großteil dieser Gelder fließt in die Förderung der Allgemeinen Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung in den Jugendverbänden.

Neben dem Landesförderplan ist die städtische Haushaltsordnung und die von der Finanzbehörde herausgegebene Verwaltungsvorschrift zu Zuwendungen von Bedeutung. In dem 40 Seiten langen Dokument und den begleitenden Nebenbestimmungen wird das Klein-Klein von der Antragsstellung, Bewilligung, Auszahlung, Überwachung und Abrechnung der staatlichen Zuwendungen geregelt. Es gibt haufenweise Handreichungen, Fortbildungen und ganze Bücher zu dieser komplexen Materie, die ohne Expertenwissen kaum zu überschauen ist und die an einigen Stellen dem eigentlichen Zweck der Zuwendung, in unserem Fall der Förderung der Selbstorganisation und des Engagements im Weg steht.

Leitlinien für jugendgerechte Zuwendungen

Auch deshalb haben Vertreter:innen der Hamburger Jugendverbänden in mehreren Sitzungen des Mitgliederausschusses des Landesjugendrings gemeinsame Forderungen zur Überarbeitung des Landesförderplans entwickelt. Dabei wurden Leitlinien (siehe nachfolgende Seiten) formuliert, die die Notwendigkeit eines jugendgerechten Landesförderplans und niedrigschwelliger Zuwendungsverfahren sowie die Stärkung der Teilhabe aller jungen Menschen an den Angeboten der Jugendverbände betonen und damit den eigentlichen Zweck in den Mittelpunkt rücken: Die Selbstorganisation und das Engagement junger Menschen in Hamburger Jugendverbänden.

Über den Autor

Fatih Ayanoğlu arbeitet beim Landesjugendring Hamburg und macht dort die Geschäftsführung.

Das geht besser!

Die Forderungen der Jugendverbände* zur Überarbeitung des Landesförderplans »Familie und Jugend«

Unsere Leitlinien

- Die Förderpositionen und Förderbedingungen müssen sich an den Bedarfen junger Menschen und den Besonderheiten der Jugendverbände orientieren.
- Die zuwendungsrechtlichen Anforderungen müssen auf das mögliche Minimum reduziert, zeitgemäß digitalisiert und transparent kommuniziert sein.
- Alle jungen Menschen in Hamburg müssen sich in einem Jugendverband engagieren können und an ihren Veranstaltungen und Freizeiten teilnehmen können.

Selbstorganisation und Demokratie, Freiwilligkeit und Engagement, Vielfalt und Interessenvertretung – Jugendverbände sind besondere Orte der Jugendarbeit. Förderrichtlinien und Zuwendungsverfahren dürfen ihre Potenziale als demokratische Freiräume für junge Menschen nicht abwürgen. Damit das nicht passiert, braucht es jugendgerechte Zuwendungsverfahren: einfach, digital und transparent. Und damit mehr junge Menschen in Jugendverbänden aktiv sein können, braucht es gute Rahmenbedingungen für Engagement und außerschulische Jugendbildung.

Unsere Forderungen

- Die Möglichkeit der **Wahl zwischen einjährigen und zweijährigen Zuwendungen** für Jugendverbände.

Ideen und Bedarfe von Jugendverbänden lassen sich nicht auf ein Kalenderjahr begrenzen. Ein Budget für zwei Jahre ermöglicht es, auf Planänderungen und neue Bedarfe auch über den Jahreswechsel hinaus überlegt zu reagieren.

- Die **Stärkung des Budgetcharakters** und der eigenverantwortlichen Mittelverwendung durch einen vereinfachten Finanzierungsplan in der Grundförderung.

Jugendverbände sind keine Auftragnehmer des Staates – sondern demokratische Organisationen junger Menschen. Die Mitglieder und Aktiven bestimmen, was gemacht wird. Zuwendungen müssen diese Selbstorganisation ermöglichen und flexibel und eigenverantwortlich als Budget verwendet werden können.

- Die Erhöhung und **Auslagerung aller Fördersätze aus dem Landesförderplan** Teil II und die Beteiligung des Landesjugendrings Hamburg und der Jugendverbände bei der Bestimmung der Fördersatzhöhe in einem jährlich zu veröffentlichenden Merkblatt.

Seminarhäuser, Schwimmbäder und Supermärkte erhöhen ihre Preise nicht nur alle fünf Jahre zum Zeitpunkt der Überarbeitung des Landesförderplans. Damit Kostensteigerungen durch die Fördersätze berücksichtigt werden können, ist eine jährliche Bestimmung auf Grundlage der bereitgestellten Mittel notwendig.

- Die **Einführung einer Sockelförderung** in Höhe von 2.500 € für anerkannte Jugendverbände, die alle Grundkosten deckt und in einem vereinfachten Zuwendungsverfahren vergeben und abgerechnet wird.

Jeder Jugendverband hat ein Recht auf Förderung. Eine Sockelförderung für die grundlegenden Aktivitäten eines Jugendverbandes – Mitgliederversammlungen, Vorstandssitzungen, Fortbildungen oder Interessenvertretung – muss mit minimalen Aufwand für jeden Jugendverband zugewendet werden.

- Die **Stärkung des Landesjugendring Hamburg e.V.** als Dachorganisation durch dessen Beteiligung an Planungsprozessen und Entscheidungen des Referates Jugendverbandsarbeit sowie die Finanzierung weiterer Angebote und Maßnahmen zur Unterstützung der Jugendverbände bei übergreifenden Bedarfen.

Der Landesjugendring Hamburg e. V. ist Ausdruck der Selbstorganisation Hamburger Jugendverbände und ihres Anspruches, an allen Fragen und Themen, die sie betreffen, beteiligt zu werden. In seiner Rolle als Sprachrohr der Jugendverbände und Interessenvertretung junger Menschen ist der Landesjugendring zu stärken.

- Die **Reduzierung des Eigenanteils für die Anmietung von Räumen** für die Jugendarbeit sowie die verpflichtende und kostenfreie Bereitstellung von verfügbaren Räumen durch die Bezirksamter und Schulen.

In Hamburg ist nicht nur Wohnraum knapp und teuer. Auch für Jugendverbände sind geeignete und finanzierbare Räume schwer zu finden. Aktuell übernimmt die Stadt im Rahmen der Förderung über den Landesförderplan nur 70 % der Kosten. Dieser Anteil muss sich erhöhen, damit Jugendverbände Räume für ihre Angebote auch finanzieren können.

- Die **Einführung einer jugendgerechten digitalen Schnittstelle zum digitalen Zuwendungsverfahren** im Rahmen von INEZ.Online beispielsweise auf der Website so-klappt-jugendverband des Landesjugendring Hamburg.

Digitalisierung im Bereich der Förderung von Jugendverbänden funktioniert derzeit so: Jugendverbände füllen Exceltabellen und Worddokumente aus, drucken diese aus und senden sie per Post an das Landesjugendamt. Dort werden die Daten erneut digitalisiert und ins interne System des Zuwendungsverfahrens überführt. Wir schreiben das Jahr 2026 und die mechanische Schreibmaschine hat gerade erst ausgedient. Was Jugendverbände brauchen: ein online basiertes Antragsverfahren – übersichtlich, einfach und jugendgerecht. Bitte Beispiel nehmen an so-klappt-jugendverband.de.

* Einstimmig beschlossen auf der Vollversammlung des Landesjugendrings Hamburg am 20. November 2025; die Resolution ist ungekürzt – und ohne Erläuterungen – hier zu finden: <https://www.ljr-hh.de/index.php?id=2570>. Kommentare durch Fatih Ayanoğlu und Jürgen Garbers, Landesjugendring Hamburg

- Die **Reduzierung der für die Beantragung, für Verwendungsnachweise und im Jahresbericht** zur Jugendverbandsarbeit abgefragten Informationen und Erklärungen in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendring Hamburg und interessierten Jugendverbänden.

Die Anträge und Verwendungsnachweise für Jugendverbände dürfen keiner Steuererklärung gleichen. Alle abgefragten Informationen und Erklärungen sollten auf das mögliche Minimum reduziert werden. Diese Reduzierung des Aufwands kommt nicht nur unmittelbar den jungen Ehrenamtlichen zugute, die dann mehr Zeit für ihr eigentliches Engagement haben, sondern ist auch ein Beitrag zum dringend erforderlichen Bürokratieabbau.

- Die **Schaffung attraktiver individueller Anreize für Jugendgruppenleiter:innen**, unter anderem die Refinanzierung von Teilnahmebeiträgen für Freizeiten und Seminare.

Aktuell werden allein abhängig Beschäftigte mit Sonderurlaub und Verdienstausschlag für ihr Engagement bei Freizeiten im Jugendverband gefördert. Schüler*innen und Studierende mit Juleica gehen leer. Dabei bilden junge Menschen das Rückgrat der Jugendverbände.

- Die **Erhöhung der Honorarsätze in der Honorartabelle** sowie die Formulierung praxisnaher Erläuterungen zur Anwendung der Honorarsätze im Kontext der Jugendverbandsarbeit.

Die seit 2013 gültige Tabelle der Stadt für Honorartätigkeiten im Jugendverband umfasst Punkte wie »Studentische Hilfskräfte an Hochschulen gem. § 1 HmbHG und in der Kulturbehörde« oder »Teilnehmende am Bundesfreiwilligendienst sowie den Jugendfreiwilligendiensten«. Sie soll aber Richtwerte für Jugendverbände bieten. Praxisnahe Angaben sind aber kaum zu finden.

- Die **Erhöhung und Kopplung des Fördersatzes für Kinder aus einkommensschwachen Familien an die Förderposition 1.2** aus Teil I des Landesförderplans.

Wie kann das sein? Kinder- und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien werden besser gefördert, wenn sie an Ferienfreizeiten von Trägern wie einem Haus der Jugend teilnehmen. Jugendverbände erhalten geringere Fördersatzes. Das gilt es anzugleichen.

- Die **Reduzierung der Mindestlänge der förderfähigen Freizeiten für Kinder aus einkommensschwachen Familien** auf 3 Tage.

Warum gilt die Inklusion sozial schlechter gestellter junger Menschen erst bei Ferienfreizeiten ab sieben Tagen? Auch bei kürzeren Freizeiten müssen alle Jugendlichen teilnehmen können. Auch die Benachteiligten!

- Die **Einführung einer Selbsterklärung** für förderberechtigte Familien als Einkommensnachweis für Kinder aus einkommensschwachen Familien.

Komplizierter geht es kaum. Derzeit müssen Jugendverbände die Einkommensverhältnisse sozial schwacher Familie so streng prüfen, als wären sie eine staatliche Stelle. Das hat zur Folge, dass allein größere Jugendverbände mit hauptamtlichen Kräften sich diesen enormen Aufwand zutrauen. Folglich bleibt die Fördermöglichkeit von sozial benachteiligten jungen Menschen bei Ferienfreizeiten in kleineren und allein ehrenamtlich aufgestellten Jugendverbänden häufig ungenutzt.

- Die **Überarbeitung der Förderposition zur Inklusion** von jungen Menschen mit Beeinträchtigungen gemeinsam mit dem Landesjugendring Hamburg und interessierten Jugendverbänden.

Die **Reduzierung des Verwaltungsaufwandes für inklusive Maßnahmen** durch die Abrechnung der hierfür zugewendeten Mittel im Rahmen der Grundförderung.

Bislang ist die Förderposition Inklusion ein Papier-tiger. Gut gemeint, inhaltlich auf schwachen Beinen und obendrein kompliziert abzurechnen. Damit Inklusion im Jugendverband klappen kann, braucht es eine Neukonzeptionierung, die Bedarfe und Möglichkeiten der Jugendverbände besser in den Blick nimmt.

- Die **Erhöhung des Anteils der förderfähigen Teilnehmenden außerhalb Hamburgs** auf 50 %.

Alle reden von der Metropolregion Hamburg. Davon, wie sehr Hamburg und sein Umland ineinander verwoben sind. Doch für Jugendverbände gelten zu enge Grenzen. Obwohl viele von ihnen Mitglieder und Teilnehmende haben, die aus einem benachbarten Bundesland kommen.

Wenn ein Jugendverband wächst ... und keine neue Räume findet

Beispiel: Pfadfinder*innenbund Nord



Kundgebung des PBN vor dem Bezirksamt

Von Jasper Wittenburg, Pfadfinder*innenbund Nord

Der Pfadfinder*innenbund Nord (PBN) freut sich über einen starken Zulauf. Auf über 1.200 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ist er in den letzten Jahren gewachsen. Was gut ist, stößt auf Grenzen. Diese drohen den Jugendverband zu überfordern. Denn ohne ausreichende Heimkapazitäten kann verbandliche Jugendarbeit nicht gelingen. Der PBN braucht dringend weitere Räume. Doch wie gelingt der erfolgreiche Einsatz dafür?

Die Raumfrage ist für die meisten Jugendbünde in Hamburg eine existentielle Frage. Schon der Wohnungsmarkt ist knapp und die Mieten steigen. Doch besonders prekär ist die Raumfrage für Jugendverbände. Sie sind auf geförderte oder kostenfrei gestellte Räume angewiesen. Ohne staatliche Hilfe kann nicht gelingen, wozu nach dem Sozialgesetzbuch der Staat selbst in der Pflicht steht. Im dortigen Paragraphen SGB 8 ist die Förderverpflichtung für Jugendverbände explizit verankert. Das gilt auch für die Förderung von Räumen, der Voraussetzung für gelingende Jugendverbandsarbeit.

Beim PBN ist die Situation der Heime (so nennen Pfadfinder*innen ihre Häuser und Räume) sehr unterschiedlich: die Lage reicht von erfolgreich – mit staatlicher Hilfe – abgeschlossenen Sanierungsprojekten über chronisch überfüllte Heime bis hin zu der existenzbedrohenden Situation, dass ein Stamm gänzlich ohne eigenes Quartier

dasteht. Beim Stamm Saliskiaron ist die Situation besonders akut, seit er im November sein Heim verloren hat. Der bisher vergebliche Kampf der Gruppenleiter*innen für ein neues Zuhause lässt erahnen, wie schwierig die Realisierung neuer Heime geworden ist.

Diese wichtigen, aber auch frustrierenden Erfahrungen zwingen den PBN, sich strategisch neu aufzustellen. Sie zeigen jedoch vor allem eines: Damit der PBN auch weiterhin niedrigschwellige Jugendarbeit leisten kann, muss die Raumfrage von der Stadt Hamburg beantwortet werden – und zwar durch die unbürokratische und kostenfreie Bereitstellung von öffentlichem Raum für Jugendverbände.

Die Bedeutung eigener Heime. Der Pfadfinder*innenbund Nord ist ein ehrenamtlich organisierter Jugendverband, der über 1.200 Mitglieder im Alter von neun bis 25 Jahren nach dem Prinzip »Jugend leitet Jugend« vereint. In den einzelnen Stämmen (Ortsgruppen) treffen sich die Mitglieder für ihre Gruppenabende – zum gemeinsamen Basteln, Kochen, Singen und Werken.

Die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen tragen aber auch eine große Verantwortung für ihr eigenes Heim. Diese reicht vom alltäglichen Putzen und Aufräumen bis hin zu umfangreichen Renovierungsarbeiten, die größtenteils in Eigenregie erledigt werden. Die Alleinnutzung der mittlerweile elf Heime ist dabei weit mehr als eine Bequemlichkeit: Sie ist der pädagogische Grundstein der selbstorganisierten Jugendarbeit. Hier können sich junge Menschen frei entfalten, ohne

ständige Aufsicht durch »Erwachsene«, und so aktiv lernen, Verantwortung zu übernehmen. Damit sind die Heime ein wichtiger Sozialisationsort neben Schule und Elternhaus.

Mitgliederwachstum. Die insgesamt 19 Stämme des PBN verteilen sich auf elf Heime in ganz Hamburg, wobei ein aktueller Schwerpunkt mit sechs Standorten im Bezirk Nord liegt. Ein entscheidender Faktor: Alle Heime oder Grundstücke befinden sich auf öffentlichem Grund. Einige Häuser sind angemietet, andere erbaute der Jugendverband selbst auf gepachteten Flächen. Dieses Modell ermöglichte in der Vergangenheit die langfristige und sinnvolle Nutzung teils außergewöhnlicher Objekte.

Seit der Eröffnung des letzten Heimes im Niendorfer Gehege im Jahr 2014 ist der PBN um beachtliche 400 Mitglieder gewachsen. Diese Entwicklung ist ein großartiger Erfolg. Sie bezeugt nicht nur das Interesse vieler Kinder am PBN und dem Spaß an der Pfadfinderei, sondern auch die große Bereitschaft vieler Jugendlicher, eine eigene Gruppe ehrenamtlich zu leiten. Der anhaltende Zuwachs macht jedoch neue Heime zwingend erforderlich, zumal sich die Entwicklung zwischen den bestehenden Standorten sehr ungleich verteilt. Es ist an der Zeit, einen schlaglichtartigen Einblick in diese unterschiedlichen und teils prekären Situationen zu gewinnen.

Unterschiedliche Situationen. Das Tieloh, ein altes Bahngelände an der Habichtstraße, dient als gemeinsames Heim für die Stämme Depheiro, Elysios und Thyreatis. Insgesamt nutzen wöchentlich 37 Gruppen diesen Standort für ihre Gruppenabende. Seit Jahren ist das Heim maßlos überfüllt, inzwischen wird neben den Gruppenräumen auch der Flur genutzt. An einigen Tagen ist das Tieloh so überbelegt, dass Gruppen draußen bleiben müssen, wofür ein Rotationsprinzip entwickelt wurde. Um die Situation zu entschärfen, ist vor zwei Jahren der Stamm Saliskiaron ausgezogen, um sich in Lokstedt niederzulassen. Doch die Situation ist erneut untragbar: Nun plant auch der Stamm Depheiro auszuweichen. »Das Tieloh war für unseren Stamm lange Zeit ein schönes Zuhause«, so Gruppenleiterin Mascha »Faivel« Krieg, »doch leidet mittlerweile unsere Jugendarbeit unter dem Platzmangel. Im Winter und bei Regen können wir nicht nach draußen ausweichen, deshalb sind wir umso motivierter, ein neues Heim in Wandsbek zu suchen.« In enger Absprache mit Gruppenleiter*innen aus der Strandperle, einem ebenfalls überfüllten Heim in

Ohlsdorf, beginnen sie nun ihren Einsatz für ein neues Heim.

Ein positives Beispiel stellt die »Alte Wache« am Bahnhof Ohlsdorf dar, das Heim der Stämme Minas Tirith und Eldunari. Die ehemalige Polizeiwache wird bereits seit 1977 von den Pfadfindern genutzt, weshalb umfassende Sanierungsarbeiten dringend notwendig waren. Diese wurden letztes Jahr mit Förderung der Sozialbehörde durchgeführt; unter anderem erhielt das Haus ein neues Dach. Die Sanierung verlief dank der Zusammenarbeit mit Fachfirmen und viel Eigenarbeit reibungslos, wobei die Jugendarbeit fortgesetzt werden konnte – ein voller Erfolg. Gruppenleiter Jan »Poča« Eckmann, der sehr engagiert bei der Sanierung dabei war, zieht folgendes Fazit: »Man kann also sagen, dass die umfassende Sanierung nicht nur das Haus überholt und aufgewertet hat, sondern auch einen großen Schwung neuer Motivation für viele weitere Jahre ehrenamtliche Jugendarbeit mitgebracht hat.«

In Harburg hingegen wurden umfassende Reparaturarbeiten am Heim der Stämme Orion und Pleione zu einer echten Belastungsprobe für die Jugendarbeit. Ausgelöst durch einen Wasserrohrbruch im Jahr 2021, war eine Kernsanierung des Heimes notwendig geworden. Alte Dämmung und Böden mussten mit tatkräftiger Hilfe von Eltern und Ehemaligen herausgerissen werden, bevor der Neuaufbau beginnen konnte. Vieles – das Verlegen von Böden, das Ziehen von Wänden und die Installation von Leitungen – wurde in Eigenarbeit und mit Förderung der Sozialbehörde gestemmt. Ein herber Rückschlag erfolgte Ostern 2023 durch einen Einbruch, bei dem Werkzeug gestohlen und Eingangstür sowie Fenster beschädigt wurden, was das Projekt zusätzlich in die Länge zog. Dennoch konnten die beiden Stämme Ende September die erfolgreiche Fertigstellung ihres Heimes mit einem Sommerfest feiern und dem restlichen Verband das geschaffte Werk präsentieren.

Der Stamm Saliskiaron sieht sich aktuell mit einer äußerst schwierigen Situation konfrontiert. Nachdem die Gruppen 2022 zur Entlastung des Tielohs in ein Übergangsheim am Siemersplatz gezogen waren, mussten sie dieses Ende Oktober erneut verlassen. Die Mitglieder sind nun stark über ganz Hamburg verstreut und müssen auf individuelle Notlösungen in Privaträumen oder bereits überfüllten Heimen anderer Stämme ausweichen. Für den Stamm, der seinen zentralen Raum für gemeinsame Treffen verloren hat, beginnt damit eine strapazierende und ungewisse Zeit. Seit über einem Jahr kämpfen die Aktiven unermüdlich für ein neues Heim in Lokstedt. Sie durchsuchten das Viertel auf eigene Faust, kontaktierten Jugendverbände, Kirchen und Vereine. Auch das Bezirksamt wurde kontaktiert und die drängende Situation mehrfach im Jugendhilfeausschuss vorgebracht, die keine passenden Vorschläge unterbreiten konnten.



Ein neues Dach für die »Alte Wache«

Einsatz für das historische Kutscherhaus. Auf der verzweifelten Suche nach einem Heim stießen die Gruppenleiter*innen auf das Kutscherhaus am Amsickpark. Das historische Gebäude (Stellinger Chaussee 34a) steht seit 2017 leer und soll nach den Plänen des Bezirks abgerissen werden. Aufgrund seiner Lage im Grünen und der guten U-Bahn-Anbindung wäre es jedoch hervorragend als Pfadfinderheim geeignet.

Deshalb setzt sich Saliskiaron entschieden für den Erhalt und die Nutzung des Hauses ein. Mit einer Kundgebung Ende September machten sie öffentlich auf ihren akuten Heimverlust aufmerksam und forderten das Bezirksamt zur Freigabe des Kutscherhauses auf. Über 500 Menschen, darunter Pfadfinder*innen, Eltern und unterstützende Nachbar*innen, versammelten sich, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen. Die Initiative wird zusätzlich von Organisationen wie dem Denkmalverein Hamburg und dem Landesjugendring unterstützt.

Der PBN befindet sich in Gesprächen mit der neuen Bezirkskoalition Eimsbüttel (SPD/Grüne) und dem Bezirksamt. Bislang mangelt es jedoch an der Bereitschaft, die mögliche Nutzung des Kutscherhauses kurzfristig zu prüfen oder geeignete Alternativen anzubieten.

Die Frustration ist groß: Ein scheinbar perfektes, öffentliches Haus wird dem Verfall preisgegeben,

während über 100 junge Menschen ihr Quartier verlieren. Iska »Kirjava« Treibel, Gruppenleiterin bei Saliskiaron, äußert ihr Unverständnis: »Wir sehen hier den Bezirk Eimsbüttel und die Stadt Hamburg in der Verantwortung. Sie könnten ein öffentliches Gebäude wie das Kutscherhaus zur Verfügung stellen und damit unsere Arbeit fördern. Stattdessen wird sich aus der Verantwortung gezogen und eine schnelle Lösung verschleppt. Da fragen wir uns zunehmend, ob die Stimmen junger Menschen politisch überhaupt beachtet werden.« Um den Druck zu erhöhen, verlegten die Pfadis sogar einen Gruppenabend vor das Bezirksamt. Die Gruppenleiter*innen stehen nun vor der drängenden Frage, wie sie den Einsatz für das Kutscherhaus oder ein anderes Objekt erfolgreich fortsetzen können.

Über den Autor

Jasper Wittenburg ist Werkstudent im PBN und zuständig für das Thema Heime. Der ehemalige Gruppenleiter unterstützt die Stämme bei alltäglichen Problemen mit den Heimen, hilft bei neuen Heimprojekten und erledigt Verwaltungsarbeit.



Die akute Situation von Saliskiaron und ihre intensiven, aber schwierigen Erfahrungen im Kampf um das Kutscherhaus dienen dem PBN als Aufhänger, die Strategie zur Gewinnung neuer Heime verbandsweit neu zu diskutieren. Schließlich stehen auch Stämme wie Depheiro und ein weiterer in naher Zukunft vor der Herausforderung, neue Quartiere zu finden.

Die Debatte im PBN muss sich dabei zentralen Fragen stellen:

- Politische Rahmenbedingungen: Wie haben sich die Bedingungen für städtische Liegenschaften und Immobilien seit den letzten erfolgreichen Heimprojekten verändert?
- Adressaten: Wer ist beim Einsatz für neue Heime politisch korrekt und effektiv zu adressieren?
- Institutionelle Wege: Welche formalen Wege zur Beteiligung gibt es, und wie können diese optimal genutzt werden?
- Öffentlicher Protest: Welche Rolle und Bedeutung soll öffentlicher Protest in der Strategie einnehmen?
- Prioritäten: Wie und in welchem Maße können die eigentliche Jugendarbeit und das zeitaufwendige Engagement für ein neues Heim miteinander vereinbart werden?
- Unterstützung: Wie kann die Hilfe aus dem Rest des Jugendverbandes aussehen und effektiv organisiert werden?

All diese strategischen Überlegungen basieren auf einer klaren Prämisse: Alle bestehenden Heime des PBN befinden sich auf städtischem Grund. Durch die langfristige und sinnvolle Nutzung samt notwendiger Instandhaltungsarbeiten konnten diese Heime für die Stämme langfristig und vor allem kostengünstig gesichert werden. Der Vorstand des PBN hält an diesem Prinzip fest, denn: Ein niedrigschwelliges, kostengünstiges Angebot für alle Mitglieder lässt sich nicht realisieren, wenn marktübliche Mieten gezahlt werden müssen.

»Außerdem sehen wir die Stadt in der politischen Verantwortung, Jugendverbandsarbeit öffentlich zu fördern«, betont die PBN-Vorsitzende Luisa »Kiranó« Bremer. Während die Fördersituation investiver Mittel (wie bei den erfolgreichen Sanierungen in der Alten Wache und in Harburg) dank der Schulbehörde aktuell als ausreichend gilt, scheint es bei der Bereitstellung von städtischem Grund oder Immobilien für neue Heime gänzlich anders auszusehen. Mit bald drei Stämmen, die akut auf der Suche nach einem neuen Heim sind, haben Politik und Verwaltung genügend Möglichkeiten, das Gegenteil zu beweisen.

Ein Fazit und eine Forderung. Der langwierige Einsatz für das eigene Heim wird für die Stämme oft zu einer massiven Belastungsprobe, da dieses Engagement zusätzlich zur eigentlichen Jugendarbeit und neben dem privaten Schul-, Ausbildungs- oder Studienalltag geleistet werden muss. Die bisherige Erfahrung des PBN zeigt jedoch

eindeutig: Ein geeignetes, gesichertes Heim ist die unverzichtbare Grundlage für eine positive Entwicklung der Stämme. Im Gegensatz dazu führen Unsicherheit und langwierige Heimprojekte die ehrenamtlichen Pfadfinder*innen an ihre Belastungsgrenzen und können zu Mitgliederverlust führen.

Daher steht die Bearbeitung des Themas Heime wieder ganz oben auf der Tagesordnung des PBN. Die Raumfrage kann letztlich aber nur durch die Stadt Hamburg und die Bezirke gelöst werden. Sie sind es, die passende Räume unkompliziert und kostenfrei zur Verfügung stellen können – und müssen, um die Jugendarbeit langfristig zu sichern.



Wilhelmsburg, Fährstraße – ein neuer Ort für offene Jugendverbandsarbeit

Zu Besuch im offenen Jugendtreff zweier Jugendverbände

Von Marek Neu, Hamburg

Ein Sonntagvormittag Ende September im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg: Die Straßen präsentieren sich ruhig, Kioske, Bäckereien und Waschsalons sind wenig besucht – alle genießen das Wochenende. Wer mit aufmerksamem Blick unterwegs ist, bemerkt Graffiti und Plakate, die auf die Präsenz verschiedener politischer Gruppen im Viertel hinweisen. Eine dieser Gruppen ist die Sozialistische Jugend Deutschlands (Die Falken), die gemeinschaftlich mit dem Internationalen Jugendverband (IJV) einen offenen Jugendtreff in der Fährstraße betreibt.

Erste Eindrücke. Von außen recht unscheinbar verbirgt sich hinter der breiten Fensterfront ein rustikaler Gemeinschaftsraum, der mit Kickertisch, Spieleregal und einem Bartresen ausgestattet ist. Provisorisch liegen auf Tischen Marktkästen mit frisch gespülten Tellern, bedruckten T-Shirts und Transparenten. In der Küche, die sich weiter hinten befindet, hat sich schon eine kleine Gruppe zusammengefunden: Heute soll die Renovierung des Jugendtreffs, die seit knapp anderthalb Jahren im Gange ist, fortgesetzt werden. Hinter der zweiten

Tür eröffnet sich eine staubige Baustelle, in den Ecken liegen Werkzeuge und Baumaterialien. »Die Tür nach hinten ist normalerweise geschlossen«, erklärt Liz. »Hier soll eine Veranstaltungsfläche entstehen – und weiter hinten unser Büro.« Liz engagiert sich als Jugendhelferin im neuen Treff in der Fährstraße. Was in anderen Jugendverbänden »Jugendleiter*in« heißt, nennt man bei den Falken »Jugendhelfer*in«. Damit wird signalisiert, dass zwischen den Helfer*innen und den teilnehmenden Jugendlichen keine absteigende Hierarchie herrschen soll. Und weil das im Verband umfassend gelebt wird, ist Liz auch aktive Handwerkerin im Renovierungsprozess. Denn dieser Renovierungsprozess ist weitgehend kein Auftrag an professionelle Dienstleister – sondern Teil gelebter Jugendverbandsarbeit. Gemeinsam wird diskutiert, geplant und renoviert. Das dauert zwar länger als eine Auftragsarbeit, aber so entsteht etwas Gemeinsames. Von jungen Menschen für junge Menschen.

Ein Ort mit viel Potential. Das Haus zu renovieren sei bitter nötig gewesen, sagt Liz und deutet auf frisch verputzte Wände. »Überall war Schimmel, die Wände waren schwarz. Zudem hing in allen Räumen noch dieser ekelhafte Rauchgeruch«. Der



Neuer Treffpunkt – noch mit alten Schildern



... und viel Baustelle





Vormieter hieß zwar Jugendtreff e.V., doch es war eher ein Männertreff, in dem richtig »gequarzt« wurde. Wer Orte für Jugendverbandsarbeit sucht, darf jedoch nicht wählerisch sein. Finanzierbare Räume seien äußerst rar, und die Lokalität in der Fährstraße, so Liz, habe sich angeboten, weil der Vermieter sie an eine nichtkommerzielle Kulturinitiative vergeben wollte. Gemeinsam mit dem Landesjugendamt hat man dann über Konzeption und Finanzierbarkeit gesprochen. »Die Bedingung war dann halt nur, dass wir uns mit dem Internationalen Jugendverein zusammentun und den Raum gemeinschaftlich nutzen«, erklärt Antonia, die im Landesvorstand ist und heute auch mit anpackt. Die beiden Jugendverbände nutzten den Raum allerdings getrennt mit eigenen Programmen. Nur bei großen Entscheidungen, die beide Parteien betreffen (wie z.B. bei der Renovierung), stimme man sich gemeinsam ab.

Angebote im Aufbau. Obwohl hier längst noch nicht alles fertig ist, läuft der Betrieb im Jugendtreff bereits gut an: Jeden ersten Montag im Monat

kommen hier Mädchen und queere Jugendliche zum LOTTA-Treff zusammen, und alle zwei Wochen am Dienstag findet die »Offene Tür« statt, die allen Jugendlichen aus dem Stadtteil – ohne Verbandszugehörigkeit – offensteht. Zudem bilden sich derzeit Jugendgruppen zu verschiedenen Themen. Die Jugendhelfer*innen der Falken begleiten die Angebote ehrenamtlich. Dies stellt den entscheidenden Unterschied zu anderen Jugendtreffs wie den Häusern der Jugend dar, denn dort arbeiten jeweils fest angestellte Sozialpädagog*innen und kümmern sich um Angebote für Jugendliche. Hier in der Fährstraße hingegen gilt: Bitte alles selber machen. Das braucht Anlaufzeit, erklärt Liz und hofft, dass noch mehr Stadtteilgruppen sich eigeninitiativ im Raum gründen würden.

Aktiv seit über 120 Jahren. Die Fährstraße ist jedoch nicht die einzige Stätte, an denen die Falken tätig sind. Die Sozialistische Jugend Deutschlands hat ihre historischen Wurzeln in der Arbeiterjugendbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts. Direkte Vorläufer der Falken waren in der Zeit der

Weimarer Republik die Sozialistische Arbeiterjugend und die Kinderfreunde Deutschlands. Nach der NS-Zeit gründeten sie sich neu und übernahmen dabei den bereits zur Weimarer Zeit kursierenden Namen »Die Falken«. Mit der deutschen Einheit folgten weitere Ableger in den neuen Bundesländern. Der Verband ist international vernetzt, so in der internationalen Falkenbewegung und der Sozialistischen Jugendinternationalen. Im Sommer veranstalten die Hamburger Falken jedes Jahr ein großes Zeltlager. Dabei geht es meist auf die Nordseeinsel Föhr und alle zwei Jahre an einen Ort anderen in Deutschland. Auf den Freizeiten wird dann viel Wert auf Gruppenerlebnisse gelegt. Es wird gemeinsam gekocht, gespielt und gelacht.

Antifaschismus in Zeiten des Rechtsrucks. Eine Bedrohung sehen die Falken im gesellschaftlichen Rechtsruck, der auch junge Menschen betrifft. »Die Hamburger AfD stellte zuletzt bei den Haushaltsberatungen in der Bürgerschaft den Antrag, uns und anderen linken Gruppierungen staatliche Fördergelder zu streichen. Das wurde jedoch von den anderen Fraktionen abgelehnt«, berichtet Antonia. Im Umgang mit Jugendlichen versuche man stets die Ansichten des Gegenübers zu respektieren, auch wenn man sie nicht immer teile. »Manchmal ist eine Aussage aber auch einfach falsch, da trete ich selbstverständlich korrigierend ein«, sagt Liz. In ihrer Jugendverbandsarbeit wollen die Falken Demokratie als Lebensform vermitteln – beispielsweise durch konkrete Erfahrungen der Selbstorganisation auf den Zeltlagern und bei den dort regelmäßig tagenden Delegiertenräten.

Blick nach vorn. Auch wenn die Jugendhelfer*innen allesamt schon (jung)erwachsen sind, machen sie ständig neue Erfahrungen und lernen Neues dazu. »Niemand von uns hat hier irgendwelche Handwerks-Skills mitgebracht«, sagt Antonia. Und Liz ergänzt: »Am Anfang dachten wir, man könne den gesamten Bauprozess im Vorfeld planen. Dann zeigte sich schnell, dass das nicht geht«. Alle spüren etwas Überforderung bei der Renovierung, doch gleichzeitig sei es »krass zu sehen, was die Leute hier zustande bringen«. Antonia stellt in Aussicht, dass man den Jugendtreff bis zum Ende des Jahres fertig hergerichtet habe. »Der Staub auf den Möbeln soll nicht bleiben«, blickt sie motiviert in die Zukunft.



Im vorderen Raum läuft bereits der reguläre Betrieb.

Info

Der Treffpunkt in Wilhelmsburg

Fährstraße 13, 21107 Hamburg

SJD – Die Falken Hamburg |

www.falken-hamburg.de

Internationaler Jugendverband Hamburg |

www.instagram.com/ijv_hamburg

Der EKS-Zuschuss im Realitätscheck

Echte Teilhabe für armutsbetroffene Kinder und Jugendliche braucht andere Bedingungen

Von Hannah Behringer, Evangelische Jugend Hamburg

Kinder- und Jugendfreizeiten gehören zu den zentralen und traditionsreichen Formaten der Jugendverbandsarbeit. Sie eröffnen jungen Menschen Räume für Gemeinschaft, Erholung, Bildung und vielfältige Erfahrungen, die über die Möglichkeiten von Alltags- und Schulkontexten weit hinausgehen. Damit die Teilnahme an solchen Angeboten nicht von den finanziellen Möglichkeiten im Elternhaus abhängt, sieht der Hamburger Landesförderplan mit der Position 2.3.2.2 Zuschüsse für Kinder und Jugendliche aus sogenannten einkommensschwachen (EKS) Familien vor – ein wichtiges Instrument, um sozialer Benachteiligung entgegenzuwirken und Teilhabechancen zu verbessern. In der Praxis bleibt die Förderposition deutlich hinter diesem Anspruch zurück. Die aktuellen Bedingungen zur Erlangung des Zuschusses schaffen Hürden, die weder den Lebenslagen armutsbetroffener Familien noch der selbstorganisierten Arbeitsrealität der Jugendverbände gerecht werden. Aus Sicht verschiedener Träger – darunter der Evangelischen Jugend Hamburg [EJH] – besteht daher klarer Reformbedarf.

Die Einkommensprüfung: überfordernd, datensensibel, unverhältnismäßig

Damit der EKS-Zuschuss jungen Menschen zugutekommen kann, sind die Jugendverbände zurzeit verpflichtet, ein strenges Prüfverfahren mit den jeweiligen Eltern oder Sorgeberechtigten durchzuführen. Im Mittelpunkt steht dabei die Überprüfung des individuellen Anspruchs. Familien müssen entweder Leistungsbescheide vorlegen oder – wenn kein entsprechender Sozialleistungsbezug besteht – eine umfangreiche Einkommensprüfung erbringen.

Gerade bei letzterem geraten die zuständigen Personen in den Jugendverbänden in eine schwierige Rolle: Sie müssen Gehaltsnachweise, Mietverträge oder Kontoauszüge prüfen und anhand eines behördlichen Formulars Einkommen und Ausgaben gegeneinander aufrechnen – ohne fachliche Qualifikation. Nicht selten entwickelt sich daraus eine zeitaufwändige Kommunikation, die eine tiefergehende Beschäftigung mit familiären Lebenslagen und rechtlichen Fragen notwendig macht. Das bindet jugendverbandliche Ressourcen und ist im Ehrenamt kaum verantwortbar. Auch für die Familien kann dieses Verfahren eine erhebliche Belastung bedeuten: Das Offenlegen hochsensibler Daten und das Gefühl, sich rechtfertigen zu müssen, erzeugen nicht selten Scham und Überforderung. In manchen Fällen führt dies

dazu, dass die Prüfung abgebrochen oder der Zuschuss nach einer Erstauskunft gar nicht erst beantragt wird – obwohl die Unterstützung dringend gebraucht würde.

Die Erfahrungen in der Evangelischen Jugend Hamburg zeigen, dass die allermeisten Familien, die eine Einkommensprüfung durchlaufen, auch tatsächlich berechtigt sind. Der Aufwand steht damit in keinem Verhältnis zum Ergebnis. Die aufwändige Prüfung entpuppt sich vielmehr als Barriere, in der sich vor allem die Befürchtung widerspiegelt, jemand könne den Zuschuss zu Unrecht bekommen. Für die Familien bedeutet dieser Ansatz zusätzlichen Druck in einer ohnehin schon prekären Lage und für die Jugendverbände unnötige Bürokratie, die wertvolle Zeit und Energie kostet.

Ein Zuschuss, der längst nicht mehr trägt

Neben der Einkommensprüfung bereitet auch die Höhe des EKS-Zuschusses vielen Jugendverbänden Sorgen. Der Höchstfördersatz stagniert seit Jahren auf einem Niveau, das die tatsächlichen Kosten bei Ferienfreizeiten (ab sieben Tage Dauer) nicht mehr abbildet. Aktuell erhalten Jugendverbände für zuschussberechtigte Teilnehmer*innen maximal 20 € pro Tag sowie eine Pauschale von 105 € für An- und Abreise. Einen von der Behörde regelmäßig angepassten, geringen Betrag müssen die Familien selbst beisteuern.

Wer in den letzten Jahren eine Gruppenunterkunft mit Verpflegung oder einen Reisebus gebucht hat, weiß, wie wenig diese Sätze inzwischen der Realität entsprechen. Steigende Preise bei Unterkünften, Lebensmitteln und Transport haben die Gesamtkosten deutlich erhöht. Selbst einfach gehaltene Freizeiten im Inland liegen in der Evangelischen Jugend Hamburg inzwischen bei 30-40 € pro Person und Tag – und damit weit über dem geltenden EKS-Fördersatz. Natürlich gibt es Verbände und insbesondere Pfadfinder*innenstämme, die traditionell deutlich günstiger unterwegs sind, etwa weil sie in freier Wildbahn zelten. Eine Förderposition, die die Teilhabe armutsbetroffener Kinder und Jugendlicher bei Freizeiten sichern soll, muss aber auch die unterschiedlich gewachsenen Verbandswirklichkeiten anerkennen. Jugendverbände stehen für eine große Vielfalt an Formaten, Konzepten und Strukturen, und an dieser Vielfalt sollten alle jungen Menschen partizipieren können.

Der niedrige EKS-Zuschuss zwingt viele Jugendverbände aktuell dazu, die Lücke aus eigenen Mitteln zu schließen oder über höhere Beiträge für alle anderen Teilnehmenden auszugleichen. Beides schafft konkrete Barrieren: Entweder wird der Zuschuss gar nicht angeboten, weil die Verbände

die Mehrkosten nicht stemmen können, oder es bleiben zunehmend mehr Familien ohne Zuschussberechtigung außen vor, weil der reguläre Beitrag auch für sie zu teuer ist. So wird das Ziel, möglichst vielen Kindern und Jugendlichen die Teilnahme an Freizeiten unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern zu ermöglichen, systematisch unterlaufen.

Teilhabeförderung endlich wirksam gestalten

Die EKS-Förderung ist im Ansatz ein wichtiges Instrument, um armutsbetroffenen jungen Menschen den Zugang zu Freizeiten und außerschulischer Bildung zu ermöglichen. Damit dieser Anspruch tatsächlich eingelöst wird, müssen die Fördersätze die realen Kosten auffangen und das Abrechnungsverfahren den Bedingungen von Ehrenamtlichkeit und selbstorganisierter Jugendarbeit gerecht werden – ohne zusätzliche Belastung für die Familien. Die anstehende Überarbeitung des Landesförderplans bietet die Chance, beide Punkte zu korrigieren und die Förderposition endlich sozial gerecht und wirksam zu gestalten.

Über die Autorin

Hannah Behringer ist Bildungsreferentin bei der Evangelischen Jugend Hamburg. In ihrer Arbeit unterstützt sie ehrenamtlich engagierte junge Menschen auf Landesebene, begleitet Bildungsprozesse und befasst sich mit den Rahmenbedingungen der Jugendverbandsarbeit.

Mensch bleiben – respektvoll

Historisch-politische Bildung beim respekt*-Wochenende



Von Marek Neu, Hamburg

Nach dreijähriger Pause veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände (AGfJ) zusammen mit dem Landesjugendring Hamburg wieder das respekt*-Wochenende – und das mit mehr Aufwand denn je: Vom 7. bis 9. November gab es im Blauen Salon auf dem Stintfang ein vielfältiges Programm, bestehend aus Seminaren, Workshops und Kulturveranstaltungen. Diese wurden wie immer mitorganisiert von weiteren Hamburger Jugendverbänden und -initiativen. Alles stand dieses Jahr unter dem Motto »Mensch bleiben«. Ein Bericht.

Ankommen & Kennenlernen. Ein erster, großer Unterschied im Vergleich zu den vorherigen respekt*-Veranstaltungen ist, dass das Festival bereits am Freitag startet und so einen halben Tag länger dauert. Bereits ab 16 Uhr werden eintreffende junge Menschen mit alkoholfreien Cocktails begrüßt und sodann in sogenannte »Murmelgruppen« weitergeleitet: Jede*r erhält einen kleinen bunten Zettel, auf dem Fragen stehen wie »Sagst du immer, was du denkst?«, oder »Was war dein Highlight diese Woche?«. Diese Fragen gilt es dann in der Gruppe zu besprechen. Die thematische Bandbreite der Antworten ist groß, sie kreisen zwischen Persönlichem und gesellschaftlichen Krisen. Letztendlich wird erkundet, was Respekt in diesen Krisenzeiten für einen selbst bedeutet.

Ein ruhiger Start. Der Zulauf ist am Freitag ziemlich gering. Überwiegend gehören die Teilnehmer*innen zum respekt*-Orgateam. Vereinzelt kommen Kinder und Jugendliche aus dem JuKZ hinein, dem Jugendzentrum zwei Stockwerke tiefer, denn am Buffet gibt es kostenlose Waffeln

und Getränke. »Niemand von uns hat vorher eine respekt*-Veranstaltung organisiert«, erklärt Fatih vom Landesjugendring. »So wissen wir dann fürs nächste Mal, dass ein Start am Freitagnachmittag vielleicht zu früh ist«. Die Atmosphäre ist gleichwohl ziemlich entspannt, gar heimelig. Die Lichter des Hafens und des Doms, die durch die Nebelschwaden in den respekt*-Saal hinein scheinen, sorgen für eine melancholische Herbststimmung. In gedimmtem Neonlicht, bei Kaltgetränken und leckerem Chili sin Carne, bilden sich lockere Gesprächsgruppen. Abgerundet wird der Abend vom Auftritt eines Trios von »Musiker ohne Grenzen«, einem Verein, der international Projekte unterstützt, um Kindern und Jugendlichen Musik nahezubringen. Anselm (Klavier), Vic (Kontrabass) und Henry (Saxofon), spielen eine Auswahl an Jazz-Stücken. Später laden sie

alle anderen Anwesenden zum Mitsing-Wunschkonzert ein. Gemeinsam werden nun Popsongs wie »Nur ein Wort« (Wir sind Helden), »Sunny« (Bobby Hebb) und, passend zur Veranstaltung, »Respect« von Aretha Franklin gesungen. Als würdiger Rausschmeißer fungiert »Angels« von Robbie Williams.

Ein Neuanfang. respekt* gibt es seit 2003, die letzte Veranstaltung fand im Jahre 2022 statt. Aufgrund der Corona-Pandemie und den Personalumbrüchen bei der AGfJ fiel die Veranstaltung für drei Jahre aus. Doch die Botschaft von respekt* sei heute wichtiger denn je: »Wir versuchen, einen Gegenentwurf zum aktuellen Weltgeschehen zu kreieren«, so Charlotte, Referentin beim Landesjugendring, welcher nun für die AGfJ als Hauptpartner fungiert. Durch die mangelnde Erfahrung aller Organisierenden sei es zu Beginn schwierig gewesen, Leute fürs Projekt zu begeistern: »Unser schlussendlich zwölfköpfiges Team war erst im September dieses Jahres vollständig«, berichtet Johanna, Bildungsreferentin der AGfJ. Dennoch sei die Planung nach den Anlaufschwierigkeiten »einfach sehr gut gelaufen«, erzählt sie weiter. »Wir haben dann auch nicht verbandlich aufgestellte Gruppen angefragt – wie z.B. »Jugend organisiert«. Die hatten Lust, mitzumachen, und ab da lief alles wie am Schnürchen.«

Viel Programm für viele Menschen. Am Samstagmorgen ändert sich das Bild. Früh wird klar, dass weit mehr Publikum eintreffen wird als gestern: die diversen Veranstaltungen werden gestürmt von Pfadfinder*innen, Sozialist*innen, Familien



oder einfach allgemein Interessierten. Ein Blick ins Programm erklärt den breiten Andrang, der Tag ist vollgestopft mit Veranstaltungen zu spannenden Themen: von Kreativ-Workshops, über gesellschaftspolitische Debatten und Museumsbesuchen bis hin zum Theaterbesuch – hier ist für jedes Interesse etwas dabei.

Bunt es Spektrum. Die Möglichkeit zum kreativen Ausdruck bieten die Workshops von Julian und Erik (beide AGfJ). Julian, der selbst Künstler ist, lässt in seinem Malerei-Workshop seine Teilnehmer*innen darüber reflektieren, was Respekt für sie ausmacht. Dabei sollen sie nichts Spezifisches darstellen, sondern bloß versuchen, ihre Gedanken zu visualisieren. »Sprache ist oft unperfekt«, erklärt Julian, »und die Malerei kann abhelfen, persönliche Gefühle besser auszudrücken«.

Bunt wird es auch bei Erik, aber dafür urbaner: Er zeigt seinen Teilnehmer*innen draußen, wie man mit der Sprühdose Graffiti sprayt. Mit Atemschutzmaske und Gummihandschuhen ausgerüstet, färben sie eine um ein Sonnendeck gespannte Plastikfolie frei mit selbstgewählten Motiven ein. »Ich bin zwar kein Graffiti-Artist«, gesteht Erik, »doch ich zeige euch gerne, wie ihr mehrere Schichten aufträgt und euch individuell ausdrückt«.

Politisch wird es im Feminismus-Seminar von »Jugend organisiert«. Neben einer allgemeinen Einführung ins Thema fokussiert sich die Veranstaltung vor allem auf die Frage, ob ein für Frauen und Männer gleichberechtigter Wehrdienst feministisch sei. Nach einem Input teilt sich das Publikum in Kleingruppen auf und wird mit Bildern einer Bundeswehr-Kampagne konfrontiert, die spezifisch Frauen ansprechen soll. Zudem steht die These der Grünen-Politikerin Katharina Dröge



zur Debatte, dass nur ein geschlechterübergreifender Wehrdienst feministisch sein könne. In den verschiedenen Kleingruppen werden viele Standpunkte ausgetauscht. »Feminismus bedeutet in meinen Augen nicht«, so eine Stimme, »dass jede*r gleich viel leiden muss.« Man kommt zum Punkt, dass der Krieg an sich kein feministisches, dafür aber sehr gegendertes Konzept sei. Zudem: »Es ist nicht männlich, in den Krieg zu ziehen«, beschreibt es ein Teilnehmer, »denn jeder ist Opfer des Patriarchats und der Wehrpflicht«.

Lobendes Echo. Zwischen den vielen Veranstaltungen gibt es immer wieder Pausen, in denen gegessen und miteinander gesprochen wird. Bei Falafel-Wraps tauschen sich Teilnehmende über das Erlebte aus und lernen sich besser kennen.

Insgesamt herrscht eine positive, optimistische Stimmung unter den Teilnehmer*innen. Sie finden die Auseinandersetzung mit dem Thema Respekt spannend und freuen sich auf neue Gesichter. »Ich erwarte neue Erfahrungen, Perspektiven und starkes Teaming«, sagt Tolik, der ein FSJ in der AGfJ macht, und so zu respekt* gestoßen ist. Zudem stimme die Ausrichtung des Festivals als eine Mischung aus kulturellem Vergnügen und der Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Problemen. »Wichtig ist für mich politische Bildung mit Spaß«, so Toliks FSJ-Kollegin Martha. Dem stimmt Pfadfinderin Marieke zu: »Wenn etwas Spaß macht, bleibt die Botschaft auch besser hängen«.

Reclaim their pictures. Viele der Veranstaltungen befassen sich mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus und seiner Ausläufer. Eine Gruppe besucht am Samstagnachmittag eine Ausstellung im Altonaer Museum, die sich den Opfern des NSU-Terrors (»Nationalsozialistischer Untergrund«) widmet. Drei Räume reflektieren die Mordserie, bei der zwischen 2000 und 2007 neun Migranten und eine deutsche Polizistin aus rassistischen Motiven getötet wurden. Raum eins ist ein sogenannter »Ruhe- und Rückzugsraum«, geschaffen, um der Reflexion der Ausstellung eine Plattform zu geben. Im zweiten Raum, hell ausgeleuchtet, wird über die Opfer informiert und wie sie als Menschen waren. Ihnen soll hier das Gesicht zurückgegeben werden, das ihnen bei ihrer Ermordung geraubt wurde. Der dritte Raum ist fensterlos und schwarz tapeziert. Hier hängt eine Fotoserie, die die Tatorte der Morde zeigt. Doch außer kleinen Schildchen unterhalb der Bilderrahmen weist nichts auf die Bedeutung der Stätten hin: »Die Fotos zeigen alltägliche Dinge«, beschreibt eine Teilnehmerin ihren Eindruck. »Stell dir vor, du läufst an einem Tatort



vorbei, und denkst nicht einmal daran, was hier passierte.« Im Stil der Street-Photography zeigen die Fotografien Dönerläden, Friseurgeschäfte, Autowerkstätten. Erst durch den Kontext entstehen Bilder im Kopfe der Betrachtenden, die sich in ihrem Gedächtnis einbrennen.

Zu viel Theater? Abgeschlossen wird der Samstag mit einem gemeinsamen Theaterbesuch im Thalia Theater. Gegeben wird das Stück »Arendt – Denken in finsternen Zeiten«, mit Corinna Harfouch in der Rolle der titelgebenden Philosophin und Psychoanalytikerin Hannah Arendt, die in ihrem Buch »Eichmann in Jerusalem – Ein Bericht von der Banalität des Bösen« anhand des SS-Obersturmführers Adolf Eichmann dem Phänomen des »Schreibtischtäters« auf den Grund geht. Die Rahmenhandlung spielt in einem dänischen Hotelzimmer in der Nacht, bevor Arendt der Sonning-Preis verliehen wird. Arendt soll bei der Preisgala eine Dankesrede halten, doch sie hadert: Das Publikum begleitet sie in neunzig Minuten auf einer Reise durch ihr Leben, und erhält dabei einen kakophonischen Einblick in ihre Gedankenwelt. Nachdem das Stück vorbei ist, findet die gesamte respekt*-Gruppe (die übrigens als »Schülergruppe« eingelassen wurde und vorab eine gesonderte Einführung bekam) vorm Thalia-Theater noch einmal zusammen. Claus aus dem AGfJ-Vorstand gibt den Impuls, jede*r solle in drei Worten versuchen, das eben Erlebte zu beschreiben. Die meisten bleiben still. Nach einem so abwechslungsreichen Tag war der Theaterabend in seiner überwältigenden Präsentationsweise wohl zu eindringlich, um diesen in wenige Worte zu fassen. Nach dieser kurzen Reflexion zerstreut sich die Gruppe in die Nacht. Der Tag war reich an Input, doch bestimmt auch anstrengend. Deswegen gilt es nun, die eigenen Kräfte zu regenerieren, und zwar für den Abschluss am Sonntag.



Worte von Stärke. Um kurz vor elf Uhr morgens betritt Antje Kosemund den großen respekt*-Saal im Alfred-Wegener-Weg. Die Frau, die vor kurzem 97 Jahre alt wurde, ist gekommen, um dem Publikum von ihren Erinnerungen ans Nazi-Regime vor über 80 Jahren zu erzählen. Und darüber, wie sie nach dem Krieg für die Aufarbeitung des sogenannten »Euthanasie«-Programms kämpfte. Trotz ihres stattlichen Alters und ihres Rollators strahlt sie eine Haltung des »aufrechten Gangs« (Ernst Bloch) aus. »Du bist ein Phänomen, du bist unkaputtbar!«, soll Kosemunds Tochter über ihre Mutter gesagt haben.

Woher jene widerstandsgeprüfte Haltung kommt, wird an ihren Erzählungen deutlich. Kosemund wurde 1928 in eine große Arbeiterfamilie aus Hamburg-Barmbek geboren. Bereits vorm ersten Weltkrieg waren ihre Eltern SPD-Mitglieder, zu Zeiten der Weimarer Republik hatte dann die gesamte Familie ein USPD-Parteibuch. Bereits kurz nach Hitlers Machtübernahme wurde Kosemunds Vater 1933 von der Gestapo abgeholt – weil er neben der USPD-Mitgliedschaft auch im Antifa-Kampfbund aktiv war. Ab da lebte die Familie in ständiger Angst davor, noch mehr den Repressalien der NS-Diktatur zum Opfer zu fallen. Der nächste Schlag traf Kosemunds jüngere Schwester Irma. Sie litt an einer geistigen Behinderung und wurde, ebenfalls 1933, in die »Euthanasie«-Anstalt Hamburg-Alsterdorf eingewiesen. Später wurde sie nach Wien in die berühmte Klinik »Am Spiegelgrund« deportiert und dort 1944 von den Nazis ermordet. Wie Antje Kosemund herausfand, wurde Irmas Todesurkunde erst ein Jahr später ausgestellt – ihrer Vermutung nach, um Nachforschungen zu verhindern.

Seit 1982 forscht Antje Kosemund zu ihrer Schwester Irma und weiteren »Euthanasie«-Opfern, sammelt Dokumente, stellt Verantwortliche peinlich zur Rede und setzt sich für die Einrichtung von

Gedenkstätten ein. 1994 fand sie heraus, dass sich im Keller einer Wiener Klinik eine »Gehirnkammer« befand, die sterbliche Überreste von Menschen in Gläsern aufbewahrte. Es stellte sich heraus, dass sich unter diesen Überresten auch eine Hirnhälfte Irmas befand. Lange stritt sie sich mit dem damaligen Direktor der Klinik, der sogar zuerst die Existenz von Irmas Krankenakte leugnete. Laut eigener Aussage sagte sie ihm ins Gesicht: »Wissen Sie was, Herr Professor? Sie haben studiert, einen Beruf ergriffen, sind sogar Arzt. Ich hingegen habe Herzensbildung, Ihr Herz jedoch ist kalt wie Stein«. Nach hartem Kampf erreichte Kosemund 2002 die Einrichtung einer zentralen Gedenkstätte für die Opfer der Klinik »Am Spiegelgrund«, sowie eine würdige Beisetzung der beiden Hirnhälften von Irma. Heute liegt die eine in Hamburg, die andere in Wien begraben. Zum Abschluss appelliert Antje Kosemund zu ihrem jungen Publikum: »Nie sollt ihr das erleben, was wir erleben mussten!« Sie blickt mit positiv erfüllten Augen auf die junge Generation. Angst vorm Vergessen sei das Verkehrteste, was man haben könne. Das Problem heute seien Konzerne und Politiker*innen, die nur profitorientiert handeln, und deshalb der Rechten zu Einfluss verhelten. Um diese zu bekämpfen, müsse man Haltung zeigen: »Bewahrt euch das, was euch zusteht! Seid ruhig und beleidigt keine Beamten. Wir sind im Recht. Das Grundgesetz ist für uns und nicht für die da oben!«

Ausklang & Ausblick: Die diesjährige respekt*-Veranstaltung findet mit diesen bewegenden Worten den Ausklang. Mitorganisator Claus bedankt sich noch einmal bei allen Teilnehmer*innen und Organisator*innen und blickt in die Zukunft: »Nächstes Jahr wird respekt* noch einmal internationaler!« Bis dahin: Mensch bleiben. Und zu einander respektvoll.

Sichere Orte schaffen

LJR-Schulung für Multiplikator*innen in der Jugend(verbands)arbeit

Von Karolin Joppich, Landesjugendring Hamburg

Kinder- und Jugendarbeit bietet Nähe und Vertrautheit und ist ein Ort, an dem junge Menschen wertvolle Erfahrungen sammeln und ihre Persönlichkeit entwickeln können. Gleichzeitig sollen Kinder und Jugendliche dort bestmöglich vor sexualisierter Gewalt geschützt sein. Insbesondere in Jugendverbänden sind viele ehrenamtlich engagierte junge Menschen tätig, die bereits große Verantwortung übernehmen, auch in Situationen, die eine sensible Umgangsweise bedürfen und herausfordernd sein können.

Hier setzt der Landesjugendring Hamburg an und unterstützt die Hamburger Jugendverbände den Kinderschutz, insbesondere die Prävention sexualisierter Gewalt, im Handlungsfeld der vom Ehrenamt geprägten Jugendverbandsarbeit in Hamburg zu stärken. Ehrenamtlich engagierte junge Menschen werden für das Thema sensibilisiert und bei den Herausforderungen ihrer praktischen Arbeit unterstützt, zum Beispiel durch Workshops zu zentralen Praxisfeldern der Jugend(verbands)-arbeit, wie Kinderschutz auf Freizeiten & Zeltlagern oder spielerische und stärkenorientierte Prävention im Gruppenalltag. Beim Runden Tisch Kinderschutz werden aktuelle Themen und Herausforderungen aufgegriffen und die Vernetzung und der Austausch der Jugendverbände untereinander und mit weiteren Hamburger Akteur*innen im Kontext Kinderschutz befördert. Darüber hinaus erhalten die Jugendverbände Unterstützung und Beratung, beispielsweise bei der (Weiter-)Entwicklung von Schutzkonzepten oder durch Materialien, wie das punktum-Sonderheft »So klappt's! Prävention und Empowerment im Jugendverband«.

Als weiteres Angebot wurde 2025 zum ersten Mal die Multiplikator*innen-Schulung »Sichere Orte – Prävention und Intervention sexualisierter Gewalt im Jugendverband« durchgeführt. Die Schulung richtet sich an junge, ehrenamtliche Menschen aus der Jugend(verbands)-arbeit und befähigt diese das Thema Kinderschutz und Prävention sexualisierter Gewalt als Multiplikator*innen in ihre Verbände zu tragen. Das Ziel der Schulung ist die Handlungsfähigkeit der Teilnehmenden zu stärken, damit sie Prozesse für den Schutz von Kindern und Jugendlichen in ihrem Verband etablieren können. Das erworbene Wissen und Handwerkszeug tragen sie als Multiplikator*innen in ihre Jugendverbände und stärken den Schutz von Kindern und Jugendlichen.

Inhalte der Multiplikator*innen-Schulung »Sichere Orte«

In drei Modulen setzen die Teilnehmenden sich mit Grundlagen und Dynamiken sexualisierter Gewalt, Prävention und Schutzprozessen und Intervention im (Verdachts-)Fall auseinander. Die Schulung hat einen hohen Praxisbezug und bezieht besondere Herausforderungen des ehrenamtlichen Engagements und der Jugend(verbands)arbeit ein. Begleitet wird die Schulung von der Durchführung eines Mini-Praxisprojekts, um Veränderungsprozesse im eigenen Jugendverband anzuregen und zu begleiten.

Im ersten Modul setzen die Teilnehmenden sich vertieft mit Grundlagen und Dynamiken sexualisierter Gewalt in Kindheit und Jugend auseinander. Neben grundlegendem Wissen wird die Dynamik zwischen Betroffenen und Täter*innen in den Blick genommen sowie sexualisierte Peer-Gewalt und digitale sexualisierte Gewalt.

Im zweiten Modul setzen die Teilnehmenden sich mit Möglichkeiten der Prävention sexualisierter Gewalt und Schutzprozessen in der Jugend(verbands)arbeit auseinander. Neben praktischen Methoden für die präventive Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, erhalten die Teilnehmenden Handwerkszeug für die strukturelle Verankerung von Schutzprozessen und (Weiter-)Entwicklung von Schutzkonzepten.

Im dritten Modul setzen die Teilnehmenden sich mit der Intervention im Verdachtsfall im Jugendverband auseinander. Neben Handlungsschritten werden die Gesprächsführung mit Betroffenen und der Umgang mit gemeldeten Personen thematisiert. Die Teilnehmenden setzen sich mit eigenen Grenzen und Unterstützungsmöglichkeiten, ergänzt durch den Besuch einer Referentin aus einer Hamburger Fachberatungsstelle bei sexualisierter Gewalt, auseinander. Die Schulung endet mit einer kleinen Abschlussfeier und der Verleihung der Zertifikate.

Die Durchführung der Multiplikator*innen-Schulung »Sichere Orte« war ein voller Erfolg! Es ist schön zu sehen, wie Veränderungsprozesse angeregt werden und die Teilnehmenden mit- und voneinander lernen sowie das große Engagement und Motivation der Teilnehmenden den Kinderschutz in ihren Jugendverbänden zu stärken.

Auch 2026 findet die Multiplikator*innen-Schulung »Sichere Orte« wieder statt. Informationen zur Schulung und weiteren Angeboten zum Thema Kinderschutz findet ihr auf der Website des Landesjugendrings Hamburg und auf instagram.

Termine im ersten Halbjahr 2026

3. Februar 2026

Runder Tisch Kinderschutz: Sexuelle Bildung im Jugendverband

20. – 22.2., 11.+12. 4. und 29. – 31.05.2026

Multiplikator*innen-Schulung »Sichere Orte« 2026

Modul 1: Grundlagen und Dynamiken sexualisierter Gewalt

Modul 2: Prävention und Schutzprozesse

Modul 3: Handlungssicherheit im Verdachtsfall

21. März 2026

Umgang mit sexualisierter Gewalt im Jugendverband

Grundlagenschulung mit den Dollern Deerns e.V.

16. April 2026

Runder Tisch Kinderschutz

10. Juni 2025

Prävention auf Freizeiten & Zeltlagern
Workshop

Nachrichten...

Rechte Angriffe auf Jugendverbände?
Deutscher Bundesjugendring: Aufruf zur Mitwirkung an bundesweiter Erhebung von Angriffen auf Jugendverbände

Der Bundesjugendring führt eine bundesweite Erhebung über (rechte) Angriffe auf Jugendgruppen, Jugendverbände und Jugendringe durch. Der Bundesjugendring erhebt, wie viele und welche Art von Angriffen und Bedrohungen aktuell vorliegen und wie mit diesen umgegangen wird. Die Erhebung richtet sich insbesondere an die kommunale Ebene. Die Ergebnisse und mögliche Handlungsempfehlungen aus den Erkenntnissen werden anschließend zur Verfügung gestellt. Die Teilnahme an der Umfrage dauert ca. 10 Minuten und ist bis zum 1. März 2026 über folgenden Link möglich:





Hol' Dir die Juleica!

Ausbildungskurse des Landesjugendrings Hamburg in 2026

Die Ausbildungskurse für Jugendleiter/innen (JL-Kurse) sind thematisch verbandsübergreifend konzipiert. Teilnehmen können alle, die mindestens 16 Jahre alt sind.

Wozu eine Jugendleiterausbildung? Jugendleiter/innen sind ehrenamtlich in der Gruppenarbeit ihres Verbandes tätig. In den JL-Kursen wird dazu wichtiges Grundlagenwissen vermittelt. Zudem erhalten die Teilnehmer/innen Anregungen für die eigene Arbeit. Die Jugendleiter/innencard (Juleica) ist eine wichtige Legitimation – so z. B. gegenüber Erziehungsberechtigten. Sie ermöglicht zudem die kostenlose Medienausleihe in den Hamburger Öffentlichen Bücherhallen, den Erwerb günstiger HVV-Fahrscheine, die kostenlose Mitgliedschaft im Deutschen Jugendherbergswerk, die Beantragung von Sonderurlaub für Gruppenaktivitäten und vieles mehr.

Themen: In Kleingruppen wird – durch praktische Elemente, theoretische Exkurse, Spiel und Spaß – Grundlagenwissen aus folgenden Bereichen vermittelt:

- Rolle und Aufgabe eines/r Jugendgruppenleiter/in
- Gruppenpädagogik und Gruppenregeln
- Rechtsgrundlagen
- Jugendpolitische Partizipationsmöglichkeiten
- Öffentlichkeitsarbeit
- Motivation
- Projektplanung
- Spiele
- Prävention sexualisierter Gewalt
- Förderungsmöglichkeiten der Jugendarbeit
- aktuelle jugendpolitische Themen

Ein LJR-Kurs geht über zwei Wochenenden. Die durchgehende Teilnahme an beiden Wochenenden ist Voraussetzung für den Erhalt der Teilnahmebestätigung und damit der Juleica (zusammen mit dem Nachweis einer Erste-Hilfe-Ausbildung). Am Kurs können 15 Personen teilnehmen.

Frühjahrskurs 1-26

Termine: 12. – 14. und 26. – 28. Juni 2026 (jeweils freitags ab 18 Uhr bis sonntags um 15 Uhr)

Seminarort: Jugendgästehaus Rothfos | Wiesengrund 20 | 23795 Mözen

Teilnahmekosten: Hamburger Jugendverbandler/innen: 67 € (bis 26 J.) / 79 € (ab 27 J.) | Personen aus der Hamburger Jugendhilfe: 268 € (bis 26 J.) / 314 € (ab 27 J.) | Alle anderen Personen: 335 € (bis 26 J.) / 393 € (ab 27 J.) (jeweils inklusive Verpflegung und Übernachtung in Mehrbettzimmern)

Herbstkurs 2-26

Termine: 13. – 15. und 27. – 29. November 2026 (jeweils freitags ab 18 Uhr bis sonntags um 15 Uhr)

Tagungsort: Jugendgästehaus Rothfos | Wiesengrund 20 | 23795 Mözen und Niels-Stensen-Haus | Billeweg 32 | 21465 Wentorf

Teilnahmekosten: Hamburger Jugendverbandler/innen: 70 € (bis 26 J.) / 89 € (ab 27 J.) | Personen aus der Hamburger Jugendhilfe: 280 € (bis 26 J.) / 353 € (ab 27 J.) | Alle anderen Personen: 350 € (bis 26 J.) / 441 € (ab 27 J.) (jeweils inklusive Verpflegung und Übernachtung in Mehrbettzimmern)

Anmeldung: www.ljr-hh.de/juleica/seminare

Veranstalter: Landesjugendring Hamburg | T. (040) 317 96 116 | juleica@ljr-hh.de